

Gesellschaft statt Atome gespalten

Kernkraftwerk Kaiseraugst Historiker analysierte das Scheitern des Projekts

Das Kernkraftwerk Kaiseraugst scheiterte letztlich, aber nicht ausschliesslich am Widerstand. Zu diesem Schluss kommt der Historiker Patrick Kupper in seiner Doktorarbeit.

STEFAN JÖRISSEN

Die augenfälligste Form des Widerstandes manifestierte sich in der Besetzung des Geländes, auf dem das Kernkraftwerk Kaiseraugst gebaut werden sollte: Vom 1. April bis zum 11. Juni 1975 blockierten KKW-Gegner den Bauplatz und erregten damit landesweit Aufsehen. Auch wenn diese Besetzung zum Inbegriff des Widerstandes wurde - gesamthaft ist sie nur einer der zahlreichen und komplexen Gründe, die schliesslich dazu führten, dass das Projekt «KKW Kaiseraugst» 1988 abgeblasen wurde. Dies zeigt die Doktorarbeit des Historikers Patrick Kupper. Auf 297 vergleichsweise leicht verständlichen Seiten schildert der Autor den Werde- und Sterbegang des 1966 in Angriff genommenen Projektes.

Gute Startchancen in den 60er-Jahren

Dabei standen die Prognosen für Kernkraftwerke in den 60er-Jahren eigentlich gut: Die Kernkraft schien eine saubere und günstige Alternative zu Kohle- oder Erdölkraftwerken zu sein. Sicherheitsbedenken waren praktisch keine zu hören, und für die atomaren Abfälle würde man, so lautete der fortschrittsgläubige Tenor, sicherlich eine Lösung finden. Dass unter diesen Umständen KKW-Projekte rasch realisiert werden konnten, zeigte das KKW Bez-nau. Dieses nahm 1969 den Betrieb auf, ohne beim Bau auf namhafte Widerstände gestossen zu sein.

Das Konsortium rund um die Badener Firma Motor-Columbus, das die Kernanlage in Kaiseraugst plante, war zu diesem Zeitpunkt noch immer damit beschäftigt, sich zu formieren. Um Bau und Betrieb des KKW möglichst breit abzustützen, wurden immer neue Partner in das Konsortium eingebunden, deren Interessen dann berücksichtigt werden mussten. Die sich rasch wandelnde Technologie führte dazu, dass auch die Projektierung ständig überarbeitet wurde. Dass sich in der Schweiz mehrere Kernanlagen in Planung befanden, erschwerte die Arbeit zusätzlich: Statt zusammenzuspinnen, schotteten sich die Vertreter der Projekte ab und trieben die eigenen Pläne übereilt vorwärts. So kam der Bau des KKW Kaiseraugst ins Stocken, noch bevor sich in den 70er-Jahren der eigentliche Widerstand formierte.

Protestwelle in den 70er-Jahren

Dieser Widerstand entzündete sich nicht etwa am Unfallrisiko, sondern am Gewässer- und Landschaftsschutz. Gegen die Kühlung des Reaktors mit Flusswasser, die eine Erwärmung des Rheins zur Folge gehabt hätte, formierte sich massiver Protest. Kühltürme, die als mögliche Alternative infrage kamen, stiessen auf ästhetische Bedenken. Das KKW Kaiseraugst, so hält der Historiker Kupper fest, war dabei nicht die eigentliche Ursache, sondern lediglich Auslöser und Kristallisationskeim des Widerstandes: Um 1970, so schreibt Kupper, fand eine «grundlegende Neudefinierung der Beziehung des Menschen zu seiner natürlichen Umwelt» statt. Aus der Kernenergie, der einstigen Hoffnungsträgerin der Gesellschaft, wurde innert Kürze ein ökologischer und gesellschaftlicher Problemfall. «Die eigentlichen Ursachen des Protestes lagen also in der Gesellschaft», stellt Kupper fest. Da Kaiseraugst unter den laufenden KKW-Projekten dasjenige war, das am weitesten fortgeschritten war, richtete

sich der Protest der KKW-Gegner gegen Kaiseraugst.

Kampf um Welt- und Wertebilder

Der Widerstand gegen das KKW ging weit über die Bauplatz-Besetzung hin-aus: Über Jahre hielten hitzige Diskussionen die Öffentlichkeit in Atem und führten schliesslich zu einer eigentlichen Spaltung der Gesellschaft in KKW-Befürworter und -Gegner.

Unter diesen Umständen gestaltete sich eine Realisierung des Projektes immer schwieriger: Insbesondere der Bund erschwerte den Planern die Arbeit, indem er immer neue Bewilligungsaufgaben und -modi vorlegte - und sich damit auch vom Vorwurf loskaufte, früher zu KKW-freundlich gewesen zu sein. Umgekehrt kam für das Planungskonsortium ein Verzicht auf das Projekt immer weniger infrage: Auf dem Spiel stand nicht nur das Kernkraftwerk, sondern auch das Prestige der beteiligten Unternehmen und letztlich deren Welt- und Wertebild.

In den 80er-Jahren längst totgesagt

Trotzdem zeichnete sich ab 1977 ab, dass das Projekt kaum realisiert werden könne. Das war auch dem Planungskonsortium bewusst: Anhand von Akten zeigt Kupper auf, dass 1979 weder dieses Konsortium noch die zuständigen Behörden mit dem Bau des Kernkraftwerkes rechneten. Damit setzte in den Worten Koppers das «Schwarz- Peter-Spiel» zwischen Planern und Bund ein: Weil niemand die Schuld am Debakel tragen wollte, traute sich auch niemand, das Projekt als gescheitert zu erklären. Dies hatte auch einen finanziellen Hintergrund: Schon 1979 betrug die Abschreibungskosten im Falle eines Projekt-Abbruchs 750 Millionen Franken. Weder Bund noch Planungskonsortium wollten daher einen solchen Abbruch als Erste fordern, da sie befürchteten, danach auch zur Kasse gebeten zu werden. So beteuerten beide Seiten immer wieder, hinter dem KKW Kaiseraugst zu stehen. Planung und Bewilligungsverfahren liefen über Jahre weiter, obwohl niemand mehr an das Projekt glaubte.

Im März 1988 holte dann ein Komitee, in dem Bundespolitiker aus allen bürgerlichen Bundesratsparteien vertreten waren, zum Befreiungsschlag aus: Es forderte vom Bundesrat, die «Nicht-Realisierung» des KKW Kaiseraugst einzuleiten. Das Unternehmen sei dafür «angemessen zu entschädigen». Opposition gegen diese Forderung kam keine auf, der Bund überwies ein Jahr später eine Entschädigung von 350 Millionen Franken. Das Projekt «KKW Kaiseraugst» war damit, nach einem Vierteljahrhundert, endgültig vom Tisch.

Patrick Kupper: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Chronos-Verlag.